

das Prinzip der Selbstbegrenzung in sich, das sie in gleicher Weise gegen die Gefahren der Autonomie und Heteronomie schützt.

Ergebnis

Die Demokratie muß, um Demokratie zu sein, ihre Begründung in etwas über ihr finden. Diese Begründung findet sie in den Kernwahrheiten der Bibel.

1. Die demokratische Einschätzung des einzelnen, seiner Rechte, seiner Pflichten und seiner Verantwortung gründet im biblischen Glauben, daß der Mensch nach dem Bilde Gottes geschaffen ist und eine hohe Würde besitzt, weil Gott unser gedenkt (Ps 8,5).

2. Die demokratische Aussage, daß die Macht begrenzt und unter Verantwortung gestellt werden muß, gründet in der biblischen Wahrheit von der Sündhaftigkeit (Ichsucht) des Menschen, die keinen Menschen so gut oder weise sein läßt, daß man ihm unbeschränkt und ohne jede Verantwortung Macht anvertrauen könnte.

3. Die demokratische Aussage, daß keine soziale Ordnung oder Einrichtung Endgültigkeitscharakter besitzen könne und deshalb der Kritik, des Wechsels und der Reform entraten könne, gründet auf der biblischen Wahrheit, daß Gott allein der absolute Herr ist und daß er jede menschliche Idee, Einrichtung oder Ordnung unter sein fortwährendes Gericht stellt (Is 2,12—19).

Die unvergleichliche Überlegenheit der Demokratie über den Totalitarismus besteht nicht in der Überlegenheit einer vollkommen guten Gesellschaft. Die Demokratie erhebt keinen Anspruch auf Vollkommenheit. Sie beansprucht zwei Dinge für sich: erstens eine echte Bindung an die wahren menschlichen Werte, die der Totalitarismus entweder ausdrücklich verwirft oder voll Zynismus verkehrt; zweitens ein ihr innewohnendes Prinzip der Selbstbegrenzung, der Selbstkritik, der Selbstreform, wie sie kein totalitäres System besitzen oder auch nur dulden kann. Die Werke der Demokratie hängen wesentlich mit unserer religiösen Überlieferung zusammen. Das Prinzip der Selbstbegrenzung, der Selbstkritik, der Selbstreform ist letztlich nichts anderes als das Sichtbarwerden des prophetischen Glaubens an die Oberhoheit Gottes und seines Gerichtes über den Menschen und all sein Werk. Beide sind im biblischen Glauben begründet und haben ohne diesen Glauben keinen Sinn.

Ballung oder Lockerung?

Von FELIX ZU LÖWENSTEIN S. J.

Betrachtet man die Bevölkerungsentwicklung des europäischen Raumes über einen längeren Zeitraum hin, so zeigt sich überall nicht nur eine starke, bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts ziemlich gleichmäßige, nur gelegentlich durch größere Unglücksfälle gehemmte Zunahme, sondern gleichzeitig,

ganz besonders während der letzten 150 Jahre, eine deutliche Tendenz zur Zusammenballung.

Man kann sich diese Entwicklung für Deutschland an Hand einiger Zahlenreihen leicht deutlich machen:

Deutschland hatte im Jahre	750	3 Millionen Einwohner		
„ „	1000	5	„	„
„ „	1100	7	„	„
„ „	1300	12	„	„
„ „	1400	10	„	„ (Rückgang infolge des Schwarzen Todes)
„ „	1500	12	„	„
„ „	1600	20	„	„
„ „	1700 ¹	18	„	„ (Rückgang infolge des 30jähr. Krieges)
„ „	1814 rd.	25	„	„
„ „	1939 „	70	„	„
„ „	1953 ² üb.	69	„	„

Die Bevölkerungsdichte betrug

im Jahre	800	rd.	5 Einwohner auf den qkm				
„ „	1100	„	10	„	„	„	„
„ „	1250 ³	„	15	„	„	„	„
„ „	1814	„	48	„	„	„	„
„ „	1930	„	160	„	„	„	„
„ „	1950 ⁴	„	194	„	„	„	„
„ „	1953	„	199	„	„	„	„
unter Einrechnung von Berlin sogar		207	„	„	„	„	„

Diese Zahlen sind Durchschnittszahlen für das ganze Gebiet Deutschlands bzw. der Bundesrepublik. Im einzelnen ist die Bevölkerungsdichte natürlich sehr verschieden. In rein landwirtschaftlichen Gebieten, etwa im nördlichen Niedersachsen, 25 Einwohner pro qkm, in den Gebieten des deutschen Mittelgebirges 75 Einwohner pro qkm, während in den Großstädten an Rhein und Ruhr die Dichte von 5000 Einwohnern pro qkm zum Teil noch überstiegen wird.

Von 49 Großstädten des Bundesgebietes mit über 100 000 Einwohnern hatten trotz der furchtbaren Zerstörungen des Krieges bereits im Jahre 1951 29 Städte den Vorkriegsstand an Einwohnern wieder erreicht bzw. sogar überschritten. Seit 1951 hat der Wiederaufbau der Städte bekanntlich große Fortschritte gemacht.

Was waren das doch für Zeiten, in denen es auf einem Gebiet, das eini-

¹ Zahlen vom Jahre 750—1700 nach Ernst Wagemann: „Menschen, Zahlen und Völkerschicksale“, Hamburg 1948, S. 316.

² Ohne Saargebiet und ohne Gebiete östlich der Oder-Neisse-Linie.

³ Wagemann a.a.O.

⁴ Innerhalb der Bundesrepublik.

germaßen dem der heutigen Bundesrepublik entsprach, ganze drei Millionen Menschen gab! Aber selbst vor 150 Jahren erreichte die Bevölkerungsdichte kaum $\frac{1}{4}$ der heutigen Dichte. Wir leben eng aufeinander! Vor allem in den großen Ballungsräumen, den Großstädten, und in den Anhäufungen von Großstädten, etwa im Ruhrgebiet. Die Entwicklung geht schon seit einiger Zeit in die Richtung einer zunehmenden Verstädterung. Ist das erfreulich oder beklagenswert? Ist das ein unentrinnbares Schicksal oder könnte es auch anders sein? Was könnte man tun, um dem entgegenzuwirken?

Will man die genannte Entwicklung recht beurteilen, muß man die Vor- und Nachteile der großen Städte gegeneinander abwägen.

Die Vorteile liegen zunächst auf *wirtschaftlichem* Gebiet. Sie sind in den günstigen Verkehrsverhältnissen begründet. Einmal in den guten Fernverbindungen. Will man nach irgendeiner Stadt Frankreichs fahren, tut man gut daran, zuerst nach Paris zu fahren, da alle Verkehrslinien dorthin zielen und von dort auseinanderstrahlen. Ähnlich verhält es sich mit den telefonischen Verbindungen: von Bonn aus kann man heute mehr Städte im Selbstwähldienst erreichen als von irgendeiner anderen Stadt aus. Meist liegen die Großstädte an verkehrsgünstigen Stellen; ja, sie verdanken vielfach diesem Umstand ihren Ursprung. Verlagerungen von Handelswegen haben seit jeher alte Städte zum Hinsiechen gebracht, neue ins Leben gerufen. So war es, als die Blockierung des nahen Ostens durch die Türken einerseits, anderseits die Entdeckung des Seeweges um das Kap der Guten Hoffnung die Handelswege verlegte; so war es noch im vorigen Jahrhundert, als die Eisenbahn ihren eigenen technischen Bedürfnissen entsprechend mitunter andere Wege als die bisher üblichen wählte und damit bis dahin bedeutende Orte in einen Dornröschenschlaf versenkte. Noch wichtiger aber dürften die wirtschaftlichen Vorteile sein, die die verkürzten *inneren* Verkehrswege bieten. In der Großstadt liegt alles, was die Wirtschaft braucht, nahe beieinander: der Rohstoff, die verschiedenen, arbeitsteilig ineinandergreifenden Produktionsstätten, die Energiequellen, der Geld- und Kreditgeber, der Händler und endlich der Verbraucher.

Diese offensichtlichen Vorteile der Großstadt sind heute jedoch weitgehend durch die modernen raschen und billigen Verkehrsmittel aufgehoben oder doch stark herabgemindert. Durch sie ist alles „näher aneinandergerückt“. Entfernungen, die früher wochen- und monatelange Reisen kosteten, werden in Tagen und Stunden zurückgelegt. Gegenden, die früher abgelegen und schlecht erreichbar waren, Gegenden, in denen eine industrielle Produktion früher „abgeschnitten“ gewesen wäre, sind jetzt „nahegerückt“ worden. Die Bedeutung der Autobahn z. B. kann kaum hoch genug eingeschätzt werden und dürfte einen bedeutenden Anteil an dem sogenannten „deutschen Wirtschaftswunder“ der letzten Jahre gehabt haben, wenngleich anderseits nicht zu übersehen ist, daß gerade die Autobahnen dadurch, daß sie nur die Großstädte miteinander verbinden, die kleinen und

mittleren Orte aber beiseite lassen, ihrerseits auch wieder die Ballungstendenz fördern.

Will man die wirtschaftlichen Nachteile der Großstadt darstellen, so befindet man sich aus zwei Gründen in einer schwierigen Lage. Einmal deswegen, weil die Ausdrücke „wirtschaftliche Vor- und Nachteile“ bei vielen Menschen falsche Vorstellungen auslösen, als handle es sich nur um geldmäßig und rechnerisch erfaßbare Vor- und Nachteile; während doch Wirtschaften und Wirtschaft wohl nur dann als sinnvoll gelten können, wenn sie letztlich um der Menschen willen geschehen. Nun scheint es aber, daß die wirtschaftlichen Nachteile der Großstädte in erster Linie gerade in den Auswirkungen auf die Menschen zu sehen sind. Sinnvollerweise müßte darum all das, was über die kulturellen, sozialen und wehrpolitischen Vor- und Nachteile zu sagen ist, hier mitgesehen werden. Zum anderen liegt die Schwierigkeit darin, daß die wissenschaftliche Untersuchung der wirtschaftlichen Nachteile der Großstädte noch im Fluß ist. Immerhin scheint es, daß sich auch unter einer „rein wirtschaftlichen“ Betrachtungsweise gewisse Nachteile der Großstädte deutlich abzeichnen.

Da ist einmal die Frage des großen Tempos, in das das großstädtische Wirtschaften hineingetrieben wird. Es ermöglicht zwar auf der einen Seite wirtschaftliche Leistungen, wie sie in früheren Zeiten unvorstellbar gewesen wären, bringt aber anderseits eine Empfindlichkeit, und vielleicht Überempfindlichkeit, der Wirtschaft als solcher mit sich. War nicht in früheren geruhsameren Zeiten die Wirtschaft wesentlich stabiler? Da ist weiter die Frage der Arbeitskräfte. Zwar bietet die Großstadt im allgemeinen mehr Arbeitskräfte, insbesondere mehr Facharbeiter. Diese Arbeitskräfte sind aber wesentlich teurer als auf dem Lande und verteuern damit das wirtschaftliche Produkt. Vielfach hört man auch Klagen darüber, daß die Qualität des großstädtischen Arbeiters nicht an die des ländlichen heranreicht, weil die Großstadt mit ihrer Unruhe, ihren weiten Pendelwegen, ihren zahlreichen Versuchungen und Anreizen müde und nervöse Arbeitskräfte schafft, denen der natürliche Ausgleich fehlt, den das Landleben bietet.

Vor allem aber ist die Wirtschaftlichkeit der Großstädte als solcher stark in Frage gestellt. Die Stadt als solche hat gewisse Fixkosten, die mit dem Wachstum der Stadt ständig steigen. Diese Fixkosten sind gegeben durch Straßen und Verkehrswege, Wasserversorgung, Entwässerungsanlagen, Energieversorgungsleitungen, Gemeinschaftsbauten (Verwaltungsgebäude, Kirchen, Schulen, Theater, Museen usw.), den Verwaltungs- und Behördenapparat, die öffentlichen Anlagen (Grünplätze, Parkanlagen u.a.m.). Im allgemeinen besteht ein gewisser Rhythmus zwischen Bevölkerungszunahme und Wirtschaftlichkeit dieser Fixkosten. Man kann sich das am Beispiel einer Wasserleitung klarmachen. Wenn eine neue Wasserleitung gelegt wird und die anliegenden Baugründe noch nicht voll bebaut sind, ist die Wasserleitung, umgerechnet auf den einzelnen, zu teuer. Nimmt die Zahl der Anwohner zu, so wird ein Optimum der Auswertung der Anlage erreicht.

Nimmt die Bebauung weiter zu, so wird zwar die Anlage für den einzelnen ausgesprochen billig, gleichzeitig aber reicht sie nicht mehr aus. Eine neue Anlage muß aufgebaut werden. Da diese der zukünftigen Entwicklung Rechnung tragen muß, wird sie wiederum anfangs teuer sein und so von neuem den gleichen Rhythmus einleiten. Eines Tages aber, sobald eine bestimmte Grenze erreicht ist, erheischt die Erstellung neuer zusätzlicher Versorgungsanlagen, die Erweiterung und Modernisierung der verschiedenen Verkehrswege, die Anlage weiträumiger Auto-Parkplätze usw. so gewaltige Summen, daß sie schlechterdings zu teuer werden. Untersuchungen über die Grenzen der Wirtschaftlichkeit der Städte sind zur Zeit im Gange und werden wahrscheinlich zeigen, daß diese Grenze heute vielfach bereits überschritten ist. Da letztlich die Kosten eines Gemeinwesens von dem einzelnen, insbesondere von den einzelnen Wirtschaftsträgern aufgebracht werden müssen, werden, auf lange Sicht gesehen, die wirtschaftlichen Vorteile des einzelnen in Nachteile umschlagen.

Vor- und Nachteile der Großstädte liegen zweitens auf *kulturellem* Gebiet.

„Stadtkultur“ gegenüber dem bäuerlichen Tölpel; „la métropole“ gegenüber „la province“, das sind Begriffe, die das stolze Kulturbewußtsein der Städte von Anfang an ausdrücken. Sowohl wegen der engeren Berührung, der größeren Anzahl und der damit gebotenen größeren Auswahlmöglichkeit als auch wegen ihrer größeren Finanzkraft vermögen die Städte mehr an Schul- und Bildungswesen zu bieten; an Kunst, an Bequemlichkeit und Lebensstandard selbst für den, der sich persönlich keine hohen Ausgaben erlauben darf, nicht zuletzt auch an politischer Bildung und Reife. Gerade im städtischen Raum sind politisch-freiheitliche Gedanken vielfach besonders gepflegt worden; ja, vielleicht könnte man sogar die Behauptung wagen, der demokratische Gedanke entspreche einer mehr städtischen Kultur, der feudale einer mehr ländlichen.

Aber auch hier hat der moderne Verkehr zu einem weitgehenden Ausgleich geführt. Das Radio ist bis in das entfernteste Bauerndorf vorgedrungen, während umgekehrt die Bewohner eines weiten Umkreises um die Städte herum mit Leichtigkeit in diese hineinfahren und so an ihrem kulturellen Leben teilnehmen können.

Nun ist es aber nicht so, als ob die Städte nur kulturförderlich wären; sie sind auch *kulturbedrohend*. Zeiten der Verstädterung waren immer auch Endzeiten der Hochkulturen. Das stimmt außerordentlich nachdenklich und zwingt uns, die zunehmende Verstädterung unserer Zeit mit äußerster Skepsis zu betrachten. Warum und wieso sind die Städte kulturbedrohend?

Einmal, weil die Kultur selbst verdünnt, abstrakt, schwächlich wird. Zu allen Zeiten verspürten die Künstler zwar einerseits den Drang zur Stadt mit ihren Anregungen und Möglichkeiten, gleichzeitig aber auch den Drang hinaus in die Natur, zum Kraftvollen und Ungebrochenen bäuerlicher Kunst, zu satten Farben und zu starken Formen. Der Mensch braucht die Natur,

das Land und den Wald. Schon lange ist auch bei uns dieses Bedürfnis fühlbar geworden. Es zeigt sich in dem Drang nach Schrebergärten, im Wandervogel, in der Jugendbewegung. Die Mittelstadt besitzt noch die Verbundenheit mit Wald und Wiese, Rain und Busch, mit Tal und Hügel, in die sie eingebettet ist und mit denen sie eine Einheit bildet. Die Menschen brauchen nur wenige Schritte zu tun, um in der freien Natur zu sein. Die Großstadt ruht in sich selbst und hat die sie umgebende Landschaft vergessen. Wer spürt denn auf dem Stachus in München oder am Alexanderplatz in Berlin noch etwas von der Gegend, von der Landschaft, die immer weiter zurückgedrängt wird? Der Mensch im Steinmeer verkümmert irgendwie und mit ihm eine letzte schöpferische Kraft. Seine Kultur verfeinert sich, aber indem sie sich verfeinert, droht sie abzusterben. Und die Bildung? Kann man wirklich sagen, die Bildung des Großstädtlers von heute stehe wesentlich über der des Landbewohners? Ist nicht vielmehr gerade die Bildung des Städters stärker der Bedrohung durch die Vermassung — die Vermassung auch des Geistigen — ausgesetzt? Sollte nicht etwa die Bildung anderer Zeiten, etwa die der adeligen Ritterfrauen auf ihren abgeschiedenen Burgen, weit höher, vor allem aber weit tiefer gewesen sein, als die vergleichbarer sozialer Schichten in unseren Städten? Insbesondere gilt das für den Kern der Bildung, die religiöse Durchformung. Gerade hier zeigen sich Vor- und Nachteile großstädtischer Existenz deutlich. Auf der einen Seite ist es wahr, daß sich gerade in den Städten eine religiöse Elite herangebildet hat; dieser Vorteil wird aber erkaufte um den Preis, daß weite Kreise der Großstädte religiös überhaupt nicht mehr erreicht werden können. Bekannt ist das Problem der Mammutpfarreien in manchen Großstädten. Die größte Gefahr der Großstädte aber, die stärkste Kulturbedrohung, scheint gerade in dem Vorteil zu liegen, den sie bieten, in der Bequemlichkeit. Es ist die Gefahr der *Verweichlichung*. Eigenartig! Auf der einen Seite ist der Mensch vom Schöpfer selbst darauf angelegt, Kultur, auch materielle Kultur, Zivilisation, zu schaffen. Auf der anderen Seite stirbt er an den von ihm selbst geschaffenen Verbesserungen, wenn es ihm nicht gelingt, das notwendige Gegengewicht der Zucht, der Abhärtung, des Verzichts, zu schaffen, wie es das härtere und anspruchlosere Leben außerhalb der Großstädte und ihrer Bequemlichkeiten von selbst mit sich bringt. Die Überfülle, der Genuß jedoch erstickt den höheren Menschen, der Sinn hat für Zucht und rechtes Maß, für Ordnung und Sauberkeit, für Bindung und volle Freiheit. Die großstädtische Lebensweise verweichlicht, und hier gerade scheint der Grund dafür zu liegen, warum die Zeiten der Verstädterung auch immer Endzeiten waren. Gewiß, es war mitunter der Neid der ärmeren Nachbarn, der sie dazu trieb, die Städte zu überfallen und zu zerstören. Aber, daß sie das konnten, daß sie die Städter trotz deren weit überlegenen technisch-zivilisatorischen Möglichkeiten zu überwinden vermochten, das war nur möglich, weil die Städter selbst verweichlicht waren. Ein letztes: die Großstädte wecken die politischen Leidenschaften! Gewiß, „Stadtluft macht

frei“. Stadtluft macht politisch aufgeschlossen und vielleicht politisch reif, aber gerade die großen Ballungsräume sind auch die Herde der politischen Zwistigkeiten, die Brutstätten politischer Unruhen, die Stellen, wo Demagogen aller Zeiten die Massen und die Massenleidenschaften finden, derer sie bedürfen. Die alten Stadtkulturen Griechenlands und Roms sind an ihren innerpolitischen Schwierigkeiten gestorben, ehe sie von äußeren Feinden zerstört wurden. So scheint sich zu zeigen, daß die kulturellen Vorteile der Städte da aufgehoben und ins Gegenteil verkehrt werden, wo sie eine gewisse Größe überschreiten.

Erst recht wird ein dritter Vorteil der Städte aufgehoben, wenn sie über eine gewisse Größe hinauswachsen, der *wehrpolitische*. Gerade er hat vielfach zu Stadtbildungen geführt, häufig im Schutze einer Burg. In Notzeiten flüchtete das Volk vom Lande hinter die schützenden Wälle der Städte. Hier wurde die Verteidigung immer vollkommener entwickelt, bis zu den großen Festungsanlagen des 17. und 18. Jahrhunderts. Tatsächlich haben die Städte in der Verteidigung des Abendlandes eine große Rolle gespielt, so Augsburg im Jahre 955, so Wien im Jahre 1683. Daß Städte auch heute noch eine gewisse wehrpolitische Bedeutung haben können, hat Stalingrad gezeigt. Aber was für eine Bedeutung! Zerschossene und zerbombte Städte, riesige Schutthaufen stellen gute Tankhindernisse dar. Heute fliehen die Menschen im Kriegsfall nicht mehr vom Lande in die Stadt, sondern umgekehrt, die Städte werden jetzt evakuiert. Sie gerade stellen ja das beste Angriffsziel dar. Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß hier eine Schwäche Amerikas gegenüber Rußland liegt, daß ein paar Bomben auf die großen Städte der USA deren gesamten Apparat stillegen könnten. Ein wirklich wirksamer Luftschutz unserer Großstädte aber würde für seine Verwirklichung geradezu astronomische Summen verlangen. Diese Überlegungen sind so überzeugend, so handgreiflich, daß sie selbst diejenigen zum Nachdenken zwingen, auf die die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und verkehrstechnischen Probleme keinen Eindruck machen.

Städte kann man nicht verkleinern. Wohl ist das in der Geschichte wiederholt geschehen — Rom etwa hat im Mittelalter nur einen Bruchteil der Bevölkerung gehabt, die es im Altertum hatte und heute wieder besitzt. Aber das war die Folge politischen Niederganges. Planmäßig kann man Städte nicht verkleinern. Man könnte aber das ungehemmte, immer weiter schreitende Wachstum aufhalten. Man könnte sie innerlich auflockern — darum bemühen sich ja Städteplaner, wenn auch oft mit recht wenig befriedigendem Erfolg — und könnte all das, was weitere Ausdehnung bedeutet, nach außen verlegen. In anderen Ländern wird das bereits gemacht.⁵

Denn es wird immer weiter gebaut und muß weiter gebaut werden. Trotz aller Leistungen der letzten Jahre auf dem Gebiet des Wohnungs-

⁵ Vgl. diese Zeitschrift, Bd. 153 (1953/54), S. 355.

baues haben wir immer noch einen Fehlbestand von mehreren Millionen Wohnungen. Es ist richtig, daß sich in den Stadtkernen noch ziemlich viel Platz vorfindet. In den letzten Jahren hat sich der Ruf nach einer stärkeren Berücksichtigung der Stadtkerne bei der Erstellung neuen Wohnungsraumes verstärkt. Es wird betont, daß man das in Straßen und Kanalisation investierte Kapital nicht brachliegen lassen dürfe. Daran ist zweifellos manches wahr, wenngleich man sich manchmal fragt, ob nicht vielleicht die gleichen, die heute diese Meinung so nachdrücklich verfechten, morgen darüber klagen werden, daß man schon wieder einmal die Möglichkeit, mehr Grünplätze, mehr Parkplätze, mehr Raum und Luft in unseren Großstädten zu schaffen, jämmerlich versäumt habe. Auf jeden Fall aber ist auch die Aufnahmefähigkeit der Stadtkerne, will man sich an einigermaßen vernünftige und vertretbare Dichten halten, beschränkt. Es muß weiter gebaut werden. Es fragt sich, wo?

Dazu kommen die Arbeitsstätten. Zwar erscheint die erste Phase der Expansion der Wirtschaft zu Ende zu gehen. Aber es gibt noch immer Wirtschaftszweige, die sich weiter ausdehnen. Außerdem ist es nicht so, als wenn die Wirtschaft von einem Tag zum anderen auf einmal stillstünde. Jahr für Jahr werden neue Fabriken gebaut. Auch hier fragt sich nur, wo? Muß das immer an unseren Stadträndern sein? Man könnte daran denken, nach englischem Vorbild „Satellitenstädte“ zu bauen, das heißt eine Reihe mittelgroßer Städte im Abstand von 15—20 km rund um unsere Großstädte herum. Eine solche Lösung legt sich zwar vom Standpunkt der zu entlastenden Stadt aus gesehen nahe. Vom Ganzen her jedoch erscheint sie falsch. Denn das bedeutet erst recht die Schaffung großer Ballungsräume! Wollte man sich etwa die Stadt München von einem Kranze mittelgroßer Städte umgeben vorstellen, so würde sofort deutlich, daß damit der südöstliche Raum Bayerns zu einem Ballungszentrum würde, das wahrscheinlich durch seine Anziehungskraft den fränkischen Norden und den Osten noch mehr entvölkern würde. Es darf nicht nur städteplanerisch, es muß raumplanerisch gedacht werden.

Ein Blick auf die Karte zeigt, daß wir auf der einen Seite hoch industrialisierte und sehr dicht bevölkerte Gebiete haben, auf der anderen Seite unterindustrialisierte Notstandsgebiete. In diese die Entwicklung hineinzuleiten, müßte das Ziel sein. Da es sich aber hierbei nicht darum handeln kann, vereinzelt Fabriken an die Dorfränder zu legen, wird es darauf ankommen, in diesen entwicklungsbedürftigen Gebieten neue kleinere industrielle Schwerpunkte zu schaffen. Die Standorte für die Entwicklung solcher Schwerpunkte müßten systematisch nach raumplanerischen Gesichtspunkten ausgewählt werden.

Solcher Gesichtspunkte gibt es eine ganze Reihe. Die Standorte müssen verkehrsgünstig liegen; sie müssen die notwendigen Voraussetzungen für Energieversorgung, Bewässerung und Entwässerung bieten; sie müssen aber auch sozial richtig gewählt sein. Sie dürfen nicht in unmittelbarer Nachbar-

schaft bestehender Städte liegen, sonst wachsen sie über kurz oder lang mit diesen zu neuen Großstädten zusammen; sie dürfen aber auch nicht ganz abgelegen sein, sonst können sie nicht gedeihen. Sie müssen in die „Löcher“ zwischen schon bestehende oder sich gegenseitig nicht erreichende Industrie-räume und ausgesprochene Notstandsgebiete, gleichsam als „Fühler“, als vorgeschobene Brückenpfeiler, an die sich später Weiteres anschließen kann. Sie müssen dahin, wo genügend Arbeitskräfte vorhanden sind. Das sind gerade die vorwiegend landwirtschaftlichen Gegenden. Sie dürfen anderseits möglichst wenig landwirtschaftlich wertvollen Boden beanspruchen. Gerade dieser Gesichtspunkt, der angesichts unserer schmalen landwirtschaftlichen Basis von großer Bedeutung ist, kann überhaupt nur dann berücksichtigt werden, wenn man in dieser Weise neue kleinere Städte entwickelt. Hier kann man nämlich die Standorte frei wählen und dabei dem Gesichtspunkt des Bodenwertes Rechnung tragen, während die dauernd anwachsenden Großstädte das umliegende Land fressen, ganz gleich, ob der sie umgebende Grund noch so wertvoller landwirtschaftlicher Boden ist.

In solcher Weise müßten also im ganzen Bundesgebiet systematisch diejenigen Standorte festgelegt werden, wo die Entwicklung neuer kleinerer wirtschaftlicher Schwerpunkte erwünscht und möglich wäre. Dazu bedarf es aber der *Raumplanung*, und zwar nicht nur auf der Länder-, sondern auch auf der Bundesebene. Es gibt ja verschiedene Fragen, die über die Ländergrenzen hinausreichen, wie etwa solche der Verkehrswege, der Wasserwirtschaft, des Landbedarfs, der im Rahmen eines Wehrbeitrages anfallen mag, und anderes mehr.

Freilich birgt solche zentrale Planung auch Gefahren in sich. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß Planung im Grunde erst da notwendig werde, wo jene schöpferische Kraft erlahmt ist, die aus sich heraus solche Einzelwerke hervorzubringen versteht, die sich von selbst zu einer Harmonie des Ganzen fügen. Planung sei nur ein Selbstschutz gegen das Chaos, das aus den unschöpferischen Einzelwerken hervorzubrechen droht.⁶ Planung ist das Lieblingswort, Planung der Grundgedanke aller Diktatoren.

Planung birgt Gefahren in sich, und doch bedarf es ohne Zweifel einer gewissen Planung. Nur muß Sorge dafür getragen werden, daß Planung nicht in Zwangswirtschaft ausartet. Zu diesem Zweck sollte sorgfältig zwischen Raumplanung und Raumordnung, zwischen der Legislative, wenn man es so nennen will, und der Exekutive unterschieden werden. Sobald eine klare Planung vorliegt, die aufweist, wo solche dezentralisierten Schwerpunkte gebildet werden sollten, sollte die Durchführung, die Verwirklichung dieses Planes nicht unmittelbar durch den Staat, nicht durch die öffentliche Hand, nicht durch die Planer selbst verwirklicht werden. Hierfür sollte vielmehr weitmöglichst private Initiative eingeschaltet werden.

Nach englischem Beispiel könnte man sich das etwa in der Weise vorstellen, daß an den einzelnen Standorten „Aufbaugemeinschaften“ (oder wie

⁶ Albert Arnhard in „Baumeister“, Nr. 10, Oktober 1954, S. 658.

man es nennen mag) ins Leben gerufen werden. Als Vorläufer gewissermaßen der noch nicht bestehenden Gemeinden sollten diese Aufbaugemeinschaften die Durchführung des Vorhabens an Ort und Stelle betreiben.

Der Aufbau selbst sollte im Geiste der Freiheit geschehen. Bei der Beschaffung des benötigten Grund und Bodens wird man zwar vielleicht um ein gewisses Maß an Zwang nicht herumkommen. Trotzdem sollte schon hier der Grundsatz sein: So wenig Zwang, soviel echter Anreiz zur freiwilligen Bodenbereitstellung als möglich. Erst recht sollte der Industrieansatz überhaupt nicht durch Zwang, sondern nur durch Schaffung echten Anreizes erfolgen. Hierzu gehören u. a. Aufklärung über die Richtigkeit und Nützlichkeit solcher Dezentralisation sowohl für die Allgemeinheit als letztlich auch für den einzelnen selbst;⁷ dadurch Schaffung einer diesbezüglichen öffentlichen Meinung und gewisse steuerliche und kreditmäßige Begünstigungen. Natürlich müßten diese örtlichen Aufbaugemeinschaften bei ihrer Arbeit vollste Unterstützung der öffentlichen Hand erfahren. Diese Unterstützung dürfte aber nicht dazu führen, daß ihre echte Selbständigkeit erstickt würde. Hier liegt nun freilich ein großes Problem, das teils sachlicher, teils menschlicher Art ist. Das menschliche Problem ist das, was das Volk vielleicht meint, wenn es von „Bürokratismus“ spricht. Es gibt Bürokraten, die öffentliche Gelder zu bewilligen (oder nur die Vorarbeiten für eine Bewilligung zu leisten) haben und denen daraus ein Machtgefühl erwächst und die der Versuchung erliegen, zeigen zu wollen, wer hier eigentlich zu bestimmen habe und wer nicht. Solche Menschen hat es zu allen Zeiten gegeben und wird es vielleicht immer geben. Dahinter steht aber ein sachliches Problem. Die Vergabe öffentlicher Mittel muß verantwortet werden. Es gibt Kontrollen und Instanzen aller Art von der Presse bis zum Bundesrechnungshof und Parlamentsausschüssen. Auch das muß sein, wenngleich man vielleicht gelegentlich bedenken sollte, daß ein Zuviel an Kontrolle die Verantwortungswilligkeit bis zum Unerträglichen belasten und schließlich ganz erstickern kann. Das führt dazu, daß Unterstützung durch die öffentliche Hand mit Notwendigkeit ein beträchtliches Maß an Überwachung, Überprüfung und Kontrolle der privaten Initiative mit sich bringt. Trotz alledem sollte die öffentliche Förderung privater Initiative nie durch ein Übermaß an Reglementierung zur Erstickung derselben führen. Zwangsherrschaft ist leicht, freiheitliches Regieren schwer.

Dies also scheinen die Voraussetzungen zu sein: die Schaffung einer wohlunterrichteten öffentlichen Meinung über das Ziel; eine umfassende zentrale Planung; der Einsatz örtlicher, öffentlich geförderter privater Initiative — um eine Entwicklung anzubahnen, die an Stelle eines weiteren Anwachsens unserer Städte, an Stelle einer zunehmenden Ballung zu einer gesunden Lockerung führen könnte.

⁷ In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß seit der Koreakrise im Jahre 1950 80% der amerikanischen Industrie in neue Siedlungen, außerhalb der großen Ballungsräume, gelegt wurde, und das ohne jeden Zwang aus der eigenen Einsicht der Unternehmer heraus.